



HESSISCHER LANDTAG

08. 10. 2024

Plenum

Dringlicher Antrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Commerzbank ist integraler Bestandteil des Finanzplatzes Frankfurt

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass der Finanzplatz Frankfurt eine herausragende Bedeutung für den Finanz- und Wirtschaftsstandort in Hessen sowie in Deutschland hat. Insgesamt beherbergt der Finanzplatz über 200 Kredit- und Versicherungsinstitute und bietet über 70.000 Menschen einen sicheren Arbeitsplatz. Mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), der Europäischen Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA, dem Europäischen Systemrisikokrat ESRB, den Bundesanstalten für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und Finanzmarktstabilisierung (FMSA), dem International Sustainability Standards Board (ISSB) und der Anti-Geldwäsche-Behörde AMLA ist der Finanzplatz auch von herausgehobener internationaler Bedeutung.
2. Der Landtag hebt hervor, dass die Commerzbank das zweitgrößte börsennotierte deutsche Kreditinstitut ist und eine herausragende Bedeutung als Kreditgeber des deutschen Mittelstandes hat. Die Commerzbank hat insgesamt mehr als 22.000 mittelständische Firmenkunden, die das Rückgrat der deutschen und der hessischen Wirtschaft bilden. Der Landtag unterstreicht daher die hohe Bedeutung der Commerzbank für den Finanzplatz Frankfurt sowie ihre Funktion als Flaggschiff für den hessischen Finanzmarkt.
3. Ein wirtschaftlich erfolgreicher Mittelstand benötigt eine zuverlässige finanzielle Versorgung aus der Bankenwirtschaft, die möglichst passgenaue Finanzlösungen für die jeweiligen Unternehmen bieten kann. Dies kann insbesondere durch ein hohes Maß an Diversität innerhalb des Sektors sichergestellt werden. Jedes Institut der drei Säulen der deutschen Bankwirtschaft – Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken – trägt dazu bei, diese Diversität zu ermöglichen.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Commerzbank nicht nur einen Beitrag zur finanziellen Versorgung der verschiedenen Städte und Regionen leistet, sondern auch viele Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Vor diesem Hintergrund unterstreicht der Landtag die Rolle der Commerzbank als Bestandteil der kritischen (Finanz-)Infrastruktur in Hessen und bekräftigt, dass es insbesondere in wirtschaftlich volatilen Zeiten von zentraler strategischer Bedeutung ist, die deutschen Finanzinstitute zu sichern.
5. Der Landtag begrüßt, dass die Commerzbank in langer Tradition eine große Förderin der Kulturszene in Frankfurt/Rhein-Main ist. So erhalten beispielsweise die Alte Oper, die Oper Frankfurt und das Schauspiel Frankfurt ab der Theatersaison 2024/25 eine Zuwendung von 1,5 Mio. Euro. Das zeigt die Verwurzelung der Bank in und die Identifikation mit der Region. Dieses Engagement darf durch eine mögliche Übernahme durch andere Banken nicht gefährdet werden.
6. Der Landtag stellt fest, dass der Bund im Zuge der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 über den staatlichen Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin die Commerzbank mit mehr als 18 Milliarden Euro gestützt und einen Anteil von 25 Prozent an der Bank übernommen hat. Die Commerzbank hat bis heute gut 13 Milliarden Euro zurückgezahlt, so dass der Anteil des Bundes auf 16,5 Prozent gesunken ist. Kürzlich hat sich die Bundesregierung dazu entschieden, einen weiteren Anteil von 4,5 Prozent zu verkaufen. Diesen Anteil hat allein die italienische Großbank UniCredit erworben. Darüber hinaus hat die italienische Großbank am Kapitalmarkt weitere Stimmrechte durch Derivate erworben und so ihren Anteil an den Stimmrechten der Commerzbank auf über 21 Prozent erhöht.

Weiterhin wurde berichtet, dass die UniCredit einen Antrag bei der EZB zum Erwerb von insgesamt 29,9 Prozent der Stimmrechte gestellt hat, was nur minimal unter der Schwelle zur verpflichtenden Abgabe eines Übernahmeangebots an die übrigen Aktionäre liegt (30 Prozent).

7. Der Landtag betrachtet diese Entwicklung mit Sorge und sieht das vom Bundesministerium der Finanzen durchgeführte Bieterverfahren kritisch. Der Wechsel bei den Anteilseignern kann nicht nur zu einem Stellen- und Filialabbau führen, wie man schmerzhaft bei der Übernahme der HypoVereinsbank durch die UniCredit erfahren musste, sondern sich auch auf den deutschen Mittelstand auswirken, dem ein wichtiger Finanzierungspartner wegbrechen könnte.
8. Vor diesem Hintergrund hebt der Landtag die Risiken für den Finanzplatz Frankfurt hervor, die im Falle einer Übernahme durch die UniCredit entstehen könnten, insbesondere auch mit Blick auf Fragen der zukünftigen strategischen Ausrichtung der Commerzbank, der Sicherung von Arbeitsplätzen sowie der weiteren nationalen wirtschaftlichen Entwicklung. Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, zunächst keine weiteren Bundesanteile an der Commerzbank zu veräußern und die aktuelle Beteiligung in Höhe von rund zwölf Prozent zu halten. Er bittet die Landesregierung allerdings, diese Position auf Bundesebene dauerhaft zu sichern, um die Commerzbank vor der Gefahr eines Squeeze-Out-Szenarios im Falle eines Übernahmeversuchs durch die Unicredit zu bewahren. Der Bundesanteil dient als Prävention vor einer möglichen Verschmelzung der Unternehmen.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass betroffene Länder frühzeitig informiert werden, wenn der Bund den Verkauf von Unternehmensanteilen in erheblichem Umfang plant, sofern die betroffenen Unternehmen ihren Sitz in den jeweiligen Ländern haben. Dies dient dem Schutz der regionalen Wirtschaft vor unerwünschten unfreundlichen Übernahmen und trägt dazu bei, eine Kontrollinstanz für den Verkauf von Unternehmensanteilen des Bundes zu etablieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. Oktober 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert